

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Wertags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schreibst. u. Geschäftsstelle Dresden-K. 1, G. Zwingerstr. 16. Ruf 14 574 u. 21 296.
Postfach-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtag-Beläge, Ziehungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzplanzen-Verkaufsliste der Staatsforstverwaltung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bied in Dresden.

Nr. 17

Dresden, Donnerstag, 21. Januar

1932

Reichsarbeitsminister Stegerwald über Weltkrise und Sozialpolitik.

Berlin, 20. Januar.

Deutsches Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald im Rundfunk über das Thema „Weltkrise und Sozialpolitik“. Der Minister führte aus, daß durch die Krise der letzten Jahre nicht nur die deutsche Sozialpolitik, sondern die Sozialpolitik der ganzen Welt betroffen worden sei. Das schleichende Gespenst der Arbeitslosigkeit habe kein Land der Erde bis heute verschont. Über 20 Millionen Arbeitslose, viele Milliarden jährliche Unterhaltungskosten, das sei das Bild, das der Arbeitsmarkt der Welt nach 17 Jahren eines unbeschriebenen Europa biete. Das sei in beträchtlichem Maße die Folge davon, daß die europäischen Siegerstaaten ein Jahrzehnt lang in der Vorbereitung lebten, sie könnten sich alle an Deutschland bereichern.

Die deutsche Regierung habe in der letzten Zeit Lohnsenkungen zulassen müssen; aber auch kein größeres Industrieland der Welt sei von Lohnkürzungen verschont geblieben. Dies gelte nicht zuletzt auch für das russische Land der hohen Löhne, die Vereinigten Staaten von Amerika.

In England sei ebenfalls eine Rate Lohnsenkungen der Löhne zu beobachten. In Italien sei hinsichtlich der Löhne in der Industrie festgestellt worden, daß diese so weit gesenkt worden seien, daß eine weitere Reduktion weiter möglich noch möglich erscheine.

Der Minister betonte zum Schluß, daß der einseitige Sturm auf die Löhne und Gehälter nicht als Heilmittel für die Gesundung der Weltwirtschaft anzusehen sei und daher auch von der Reichsregierung abgelehnt worden wäre. Wir müßten von der Einstellung herantreten, daß zwar Kartell und Schutzoll etwas Selbstverständliches seien, daß aber der Lohnschutz unzulässig und das freie Spiel der Kräfte hier allein das Gegebene sei. Die Sozialpolitik müsse als Bestandteil der Gesamtpolitik und der Wirtschaftspolitik überhaupt gesehen werden. Wir hätten im großen gesehen zwischen drei Möglichkeiten zu wählen, und zwar:

1. die Arbeiterschaft würde gleichberechtigt in das privatwirtschaftliche System mit ausreichendem staatlichen Schutz eingegliedert,

2. die Wirtschaftsführung würde immer mehr dem Staat überantwortet, oder aber

3. es würde ein kooperatives System mit erhöhter Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer herausgebildet, bei dem dem Staat eine ständige Aufsicht und Kontrolle wie gegenüber der politischen Selbstverwaltung obliegen.

Der Einbild in Staat und Wirtschaft und der Einfluß auf deren Entwicklung könnten den Arbeitnehmern nicht vorzuenthalten werden.

Falsche französische Behauptungen über deutsche Heeresrüstungen.

Berlin, 21. Januar.

Im Hinblick auf den französischen Senats für auswärtige Angelegenheiten hat nach einem amtlichen Bericht Senator Bourgeois, ein ehemaliger General, behauptet, daß Deutschland entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrags eine gewaltige Armee vorbereitet, und zwar durch die jährliche Ausbildung einer großen Zahl von Unteroffizieren, die aus der Reichswehr, sobald sie ausgebildet seien, auscheiden um neuen Rekruten Platz zu machen, sowie durch Heranbildung von Offizieren sowohl in der Reichswehr wie in besonderen Schulen, die durch den Vertrag verboten seien. Deutschland könne im Konfliktfälle eine erste Stoßarmee von beträchtlicher Stärke aufstellen, die körperlich glänzend durchgebildet sei und deren militärischer Geist in häufigen Zusammenkünften der neuen Einheiten mit den alten Kadern der aufgelösten Regimenter gepflegt werde.

Diese Ausführungen des französischen Senats sind nicht als eine Wiederholung der seit der Schaffung der Reichswehr und der Bestimmungen über die Zusammensetzung ihres Offizierskorps und der Mannschaften frei erfundene Behauptungen. Dasselbe gilt von den weiteren Ausführungen über die angebliche Fähigkeit der deutschen Industrie, im gegebenen Falle die technische Ausrüstung des Heeres in kürzester Frist zu schaffen.

Dem amtlichen Bericht zufolge behauptete

Senator Bourgeois weiter, daß die Vorbereitung auf den Krieg in Deutschland von einer sehr aktiven Propaganda zugunsten der Revanche begleitet werde, daß die Kinder in den Schulen in diesem Sinne unterrichtet würden und daß gewisse Schulbücher sogar zu diesem Zweck abgefaßt seien.

Eine aktive Propaganda für einen Revanchekrieg wird tatsächlich von keiner Partei in Deutschland betrieben, auch nicht von den zur Regierung in Opposition stehenden. Die Behauptung des französischen Senats ist unbegründet.

Was von den Behauptungen des Senats Bourgeois gesagt worden ist, gilt ebenso von denen des Senats Eccard. Dieser hat dem amtlichen Bericht zufolge im Hinblick behauptet, daß die Militärausgaben im deutschen Budget verheert und verschleiert und in Wirklichkeit höher seien, als angegeben werde. Insbesondere sei mehr als die Hälfte des Polizeibudgets für rein militärische Ausgaben bestimmt, und das Pensionsbudget diene tatsächlich hauptsächlich zur Befolgung der mit militärischen Arbeiten beschäftigten Reserveoffiziere.

Demgegenüber ist mit aller Deutlichkeit festzustellen, daß die Behauptungen über Verschleierung der eigentlichen Ausgaben für die Reichswehr durch Verschlebung der Mittel einer jeden Grundlage entbehren und eine Fälschung der französischen öffentlichen Meinung sind.

Dingeldey an Raab.

Berlin, 21. Januar.

Reichstagsabgeordneter Dingeldey hat, der „Nationalliberalen Korrespondenz“ zufolge, zu dem Vorschlag des Jungdeutschen Ordens, die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten durch einen Volksentscheid in die Wege zu leiten in einem Schreiben an Arthur Raabourn Stellung genommen. Abgeordneter Dingeldey stellt fest, daß die Deutsche Volkspartei die Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs für eine bringende innen- und außenpolitische Notwendigkeit ansehe. Deshalb habe sie trotz mancher grundsätzlicher Bedenken auch dem Reichstagsrat bei seiner Aktion die

Unterstützung zugesagt. Das gelte selbstverständlich in erhöhtem Maße auch für den Fall einer Volkswahl. Dingeldey glaube, daß die einzelnen Parteien sich in der nächsten Zeit in dieser Frage äußerster Zurückhaltung auflegen müssen bis eine Klärung der Meinungen auch in den Kreisen der Opposition eingetreten sei. Dann aber bedürfte es nicht des Umweges, den das Volksbegehren des Jungdeutschen Ordens beschreiben wolle. Bei aller Anerkennung der guten Absichten, von denen die Aktion des Jungdeutschen Ordens geleitet sei, könne die Deutsche Volkspartei ihre Unterstützung hierfür nicht zusagen.

Die Schuld der Nationalsozialisten am Zusammenstoß in Reinickendorf.

Berlin, 20. Januar.

Wie der Polizeipräsident mitteilt, haben die Ermittlungen über die Vorgänge in der Kolonie „Felsen“ in Berlin-Reinickendorf, die zwei Todesopfer forderten, ergeben, daß die Schuld bei den Nationalsozialisten liegt. Im Restaurant Bergschloß in Waldmannslust fand am Montagabend eine Mitgliederversammlung von fünf SA-Stürmern statt, die als geschlossene Versammlung der Anweisung nicht bedurfte und auch der Überwachung nicht unterlag. Anwesend waren über 200 Mann. Nach Schluß der Versammlung haben sich etwa 150 Mitglieder der SA nicht auf dem kürzesten Wege nach Hause begeben, sondern sind unter Benutzung eines Feldwegs über Schönholz durch die Kolonie „Felsen“ gezogen. Ganz offenbar hat das Auftreten der Nationalsozialisten zu dem Zusammenstoß, zur Schiebererei und zur Schlägerei in der Straße geführt. Von den 49 Schönholzer Weg festgenommenen Nationalsozialisten wohnen in Reinickendorf-Ost, wo sich der Vorfall abspielte, nur drei Mann.

Ein planmäßiger nationalsozialistischer Überfall.

Berlin, 20. Januar.

Die polizeilichen Befestigungen über die nächtlichen Kämpfe in der Laubkolonie „Felsen“ am Schönholzer Weg in Reinickendorf-Ost haben ergeben, daß es sich um einen planmäßigen Überfall der Nationalsozialisten auf einige in der genannten Kolonie wohnende Kommunisten gehandelt hat. Im Laufe des heutigen Vormittags wurden weitere Nationalsozialisten, die an der festlichen Parteiverammlung in Waldmannslust teilgenommen hatten und dort zum nächtlichen Überfall auf die Kolonie „Felsen“ aufgefordert haben sollen, festgenommen. Auch die gleich am Tatort von den Polizeibeamten festgenommenen 49 Nationalsozialisten sind zum größten Teil noch in Haft behalten worden.

Zwischen den Kommunisten und Nationalsozialisten, die in der Kolonie „Felsen“ wohnen, bestand seit langer Zeit ein gespanntes Verhältnis. Bereits am Freitag voriger Woche war es in der benachbarten Provinzialstraße in Reinickendorf zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu einer Schlägerei gekommen, in deren Verlauf mehrere Nationalsozialisten verprügelt wurden. Wegen dieses Vorkommnisses hatte man gegen die Kolonie „Felsen“ eine Strafexpedition beschlossen. Am Sonntag wurde einer der Kolonisten von Nationalsozialisten überfallen, den man irrtümlich für den Kolonisten Klemke gehalten hatte. Erst durch das Hinzukommen eines Sturmfähres, der seinen Leuten zurief: „Das ist nicht

Klemke!“ ließ man von weiteren Maßnahmen ab. Auch dem Kolonisten Hohmann war von den Nationalsozialisten Mache angedroht worden. Bei dem nächtlichen Festzug gegen die Kolonisten wurde als erster der Kolonist Klemke durch mehrere Kugeln getötet, während die Laube des Kolonisten Hohmann von über dreißig Kugeln durchlöchert worden ist. Nur dadurch, daß Hohmann mit seiner Familie sich während der Nacht nicht in der Laube aufgehalten hat, ist ein weiterer Mord verhindert worden. Es haben sich weitere Augenzeugen des nächtlichen Überfalles aus angrenzenden Neubaugemeinden gemeldet, die keiner Partei angehören. Sie bekunden, daß die Nationalsozialisten erst das ganze Gelände umstellten, damit keiner der Kolonisten entweichen konnte. Dann brangen sie in die einzelnen Partengrundstücke vor und gaben zahlreiche Schüsse ab.

Die Vernehmung der Polizeibeamten, die die Nationalsozialisten von dem Versammlungsort in Waldmannslust bis nach Reinickendorf begleiteten, hat ergeben, daß die Nationalsozialisten zur Nachtzeit eine Wanderung von über sechs Kilometer durch die entlegenen Gegenden gemacht haben und schließlich auf großen Umwegen nach der Laubkolonie „Felsen“ gelangt sind. Auch der Umstand, daß sehr viele der Teilnehmer dieser nächtlichen Wanderung unter polizeilichem Schutz zu dieser Zeit nicht mehr in Reinickendorf zu suchen hatten und nur auf entgegengesetztem Wege nach ihren Wohnungen gelangen konnten, läßt erkennen, daß dieser Überfall planmäßig war.

Am Nachmittag fand in der Laubkolonie „Felsen“ ein Lokaltreffen unter Leitung des Chefs der Berliner politischen Polizei Regierungsdirektor Goehre, statt. Die Widersprüche zwischen den Aussagen der Nationalsozialisten und der überfallenen Kolonisten mußten an Ort und Stelle einer Nachprüfung unterzogen werden.

Auch der Lokaltreffen ergab, daß die Nationalsozialisten planmäßig das Laubengelände in der Nacht umstellt und auf die einzelnen Lauben geschossen hatten. Kolonisten bekundeten weiter, daß plötzlich bei den Nationalsozialisten die Rufe: „Achtung, rückwärts gehen, Deckung nehmen!“ ertönt seien. Der Beweis dafür, daß die Kolonisten die Überfallenen waren, ist dadurch erbracht, daß die „Felsenkämpfer“, als sie auf dem Kampfplatz erschienen, kaum belleidet waren. Sie hatten nämlich bereits im Schlaf in ihren Lauben gelegen und waren erst durch die Steinwürfe gegen die Siedlungsbüster und durch die Rufe „Moskau verteidigt“ aufgeschreckt worden.

Die deutsche Delegation für den Völkerbund.

Berlin, 20. Januar.

Die deutsche Delegation für den Völkerbund wird unter Leitung des Gesandten v. Weizsäcker gehen. Weiter werden der Delegation angehören als Völkerbundreferent Geheimrat v. Kampffmeyer als Sachverständiger für Wirtschaftspragen Ministerialdirektor Pojse und Gesundheitsrat Ullrich, als Sachverständiger für Ostpreußen Ministerialdirektor Meyer und Geheimrat Koebel, als Sachverständiger für die manchesterliche Frage Geheimrat v. Schoen, für die Winderheiten Legationrat Ködiger und als Sachverständiger für die Sozialfragen Legationrat Voigt. Die Vorfeststellung wird vertreten sein durch Regierungsrat Maus.

Die Preisentung.

Verhandlungen mit dem Kraftdrockfen-gebet.

Berlin, 20. Januar.

Die Verhandlungen mit dem Kraftdrockfen für das deutsche Kraftdrockfengewerbe haben ergeben, daß die Einnahmen der Kraftdrockfen so weit abgefunden sind, daß die Unteren

nicht mehr gedeckt werden. Es wird sofort von Seiten des Reichskommissars für Preisüberwachung eine Prüfung vorgenommen, ob etwa eingetretene oder künftig mögliche Unkostenentlastungen und Ersparnisse oder organisatorische Maßnahmen eine Tarifermäßigung ermöglichen.

Preisauszeichnungszwang für Düngemittel im Kleinhandel.

Berlin, 20. Januar.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat eine neue Verordnung herausgegeben, die für Düngemittel im Kleinhandel den Gewicht- und Preisauszeichnungszwang vorseht.

Der Preussische Staatsrat gegen den Geburtenrückgang.

Der Preussische Staatsrat nahm am Mittwoch nach kurzer Aussprache einen Antrag an, der dem Geburtenrückgang entgegenwirken soll. Das Staatsministerium wird darin ersucht, in Fühlungnahme mit Ärzten, Pädagogen und Theologen, Maßnahmen zu treffen, um den anerkanntesten Lehren der Eugenik eine größere Verbreitung und Beachtung zu verschaffen. Ferner sollen die von den Gemeinden, Kreisen,